

Aydan Özoguz und der Migrationshintergrund

Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Integrationsbeauftragte zu Gast in Buxtehude im Gildehaus

Von Karsten Wissner



BUXTEHUDE. Wer hat in Deutschland einen Migrationshintergrund und welche Aussagekraft hat diese Zahl? Es war einer von vielen Momenten, in denen Aydan Özoguz (52, SPD) ihre 60 Zuhörer im Gildehaus in Buxtehude darauf aufmerksam machte, wie unzureichend es ist, nur auf Zahlen und nicht auf die Menschen zu schauen, die dahinter stecken.

Die gebürtige Hamburgerin („ich stehe für Migration schlechthin“) war vor 2013 und 2018 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Rang einer Staatsministerin. Die Eltern der Bundestagsabgeordneten kamen 1961 aus Istanbul nach Hamburg. Sie selbst besitzt seit 1989 neben der türkischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft und zählt damit zu den fast 23,6 Prozent der Menschen in Deutschland, die laut offizieller Definition einen Migrationshintergrund besitzen. Dass ihre Tochter Hanna aber auch noch statistisch einen Migrationshintergrund hat, zeigt, wie schwierig es ist, sich nur die reinen Zahlen anzuschauen. „Sie hat den Status von mir geerbt“, sagte Aydan Özoguz und stellte die Frage, wie viel Sinn solche Statistiken machten und wie wenig sie als Grundlage für Überfremdungsängste taugten.

Die Hälfte der Menschen, die laut Statistik Migrationshintergrund haben, sind deutsche Staatsbürger. Außerdem – mit Ausnahme der Zeit der Flüchtlingskrise – kommen die meisten Zuwanderer aus EU und anderen europäischen Staaten. Dort haben Polen und Rumänien in der Regel die Spitzenplätze inne.

Auch Spätaussiedler, die in der Regel aus den Ländern der früheren UdSSR kommen und deren Kinder auch den Zusatz Migrationshintergrund bekommen, gehören dazu. „Es muss immer um den Menschen gehen“, sagte Aydan Özoguz. Sie war auf Einladung der Buxtehuder Sozialdemokraten im Gildehaus.

Sie schilderte auch sehr eindrücklich, wie es ist, im Zentrum von böswilligen Kampagnen in den sozialen Medien zu stehen. Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland wollte Aydan Özoguz schon mal in Anatolien „entsorgen“ und die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel unterstellte ihr, dass sie für Kinderehen sei. Dabei hatte Özoguz gesagt, dass es keinen Sinn macht, in allen Fällen diese Ehen zu annullieren. „Was machen wir in einem Fall, wenn eine 16-Jährige einen 19-Jährigen geheiratet hat, um dann gemeinsam nach Deutschland zu fliehen, weil der Mann sonst zum Militärdienst eingezogen worden wäre?“, so Aydan Özoguz. Würde diese Ehe ohne weitere Prüfung annulliert werden, verlöre die Frau sofort ihren Schutzstatus. Sie konnte aus ihrer persönlichen Erfahrung weitere Beispiele kennen, in denen eine pauschale Annullierung von Ehen die betroffenen Frauen benachteiligt hätte.

Gegen die öffentlichen Angriffe der AfD kann sich die Ex-Staatsministerin wehren und erfährt öffentliche Solidaritätsbekundungen. Aydan Özoguz brachte aber auch einige sogenannte FakeNews-Beispiele, die in den sozialen Netzwerken kursieren und in denen schlichte Unwahrheiten unterstellt werden. „Da kann man überhaupt nichts machen“, sagte sie. „Es muss Grenzen der Auseinandersetzung geben“, sagte sie. Im Bundestag habe sich die Atmosphäre verändert. Früher sei auch kontrovers diskutiert worden, hinterher aber habe man auch normal miteinander umgehen können. „Das geht heute nicht mehr.“

Stolz ist sie auf Veränderungen beim Umgang mit Flüchtlingen, die in ihre Amtszeit gefallen sind. „Jetzt dürfen die Menschen schnell bei uns arbeiten und Deutsch lernen“, sagte sie.

Dass für sie Hilfsbereitschaft und die Aufnahme von Flüchtlingen klare Grenzen haben, stellte sie bei ihrem Auftritt in Buxtehude auch klar. Sie verteidigte zum Beispiel die umstrittenen Rückführungen von straffällig gewordenen Afghanen in ein Land mit instabiler Sicherheitslage. Sie plädiert auch für eine ehrliche Diskussion. „Wir müssen den Menschen aus Afghanistan, die erst seit kurzem hier sind, sagen, dass sie wieder zurückgehen müssen“, sagte die SPD-Frau mit einem Hinweis auf die laufenden Gespräche zwischen Taliban, USA und afghanischer Regierung, auch wenn sie keine schnelle Beruhigung der Lage erwarte.